

EU löst Konflikt über „Tank oder Teller“



Seit ihrer Einführung sind Biokraftstoffe immer mehr in Ver-
 ruf geraten. Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen,
 die Nutzung von Zucker, Mais und Soja für die Herstellung von
 Biokraftstoffen stark einzuschränken. Dadurch soll der Konflikt
 zwischen „Tank und Teller“ entschärft werden. Anstatt potenti-
 elle Nahrungsmittel zu verbrauchen, sollen nun die Biokraftstoffe
 der sogenannten „zweiten Generation“ verwendet werden, dabei
 handelt es sich um Abfälle, landwirtschaftliche Reststoffe oder Al-
 gen, die zu Sprit umgewandelt werden.

Ich setze mich dafür ein, dass die Bestrebungen der EU, Treib-
 hausgasemissionen im Transportbereich zu senken, weder die
 Lebensmittelpreise noch den Hunger in der Welt verstärken oder
 negative Auswirkungen auf unsere Umwelt und Artenvielfalt ha-
 ben dürfen. Die Akzeptanz für das Potential von Biokraftstoffen
 im Kampf gegen den Klimawandel, die in der E10-Debatte verlo-
 ren gegangen ist, kann dadurch wieder erhöht werden.

SaarLorLux vernetzt – Die Bedeutung des Schienenverkehrs für das Saarland



In der Großregion SaarLorLux
 sind die Europäische Einigung
 und die Errungenschaften des
 Europäischen Binnenmarktes
 gelebte Realität: Täglich über-
 schreiten etwa 170.000 Pendler
 die nationalstaatlichen Gren-
 zen.

Einkaufen und Arbeiten im
 Nachbarland sowie die Wahr-
 nehmung des Bildungs- und
 Kulturangebotes hinter der

Grenze gehören für die Men-
 schen in der Großregion zum
 Alltag. Vor dem Hintergrund
 des hohen Maßes an grenz-
 überschreitender Mobilität in
 der Großregion kommt dem
 Ausbau der Verkehrsinfrastruk-
 tur eine große Bedeutung zu.
 Besonders der Schienenverkehr
 ist stark ausbaubedürftig.

Die Menschen im Saarland
 wie auch die Wirtschaft der Re-

Datenschutz: Respekt der Privatsphäre geht vor kommerziellen Interessen

Der Schutz von privaten Da-
 ten vor unkontrollierten Zu-
 griffen durch Unternehmen
 muss eine der Prioritäten der
 Europäischen Union sein. Un-
 ternehmen wie Google und
 Facebook müssen, trotz ihres
 Sitzes außerhalb der Europä-
 ischen Union, dem EU-Daten-
 schutzrecht unterliegen und
 für eventuelle Verstöße be-
 belangt werden.

In den nächsten Monaten
 beraten die Europa-Abgeord-
 neten über eine Reform des
 EU-Datenschutzes. Ich werde
 mich dafür einsetzen, dass ein
 hohes Datenschutzniveau für
 alle Bürger sichergestellt ist.
 Dazu gehört das ‚Recht auf Ver-
 gessen‘, wonach die Daten der
 Bürger künftig gelöscht wer-
 den sollen, sobald der Grund
 für die Speicherung wegfällt.



Zur Grundlage des Daten-
 schutzes gehört auch eine
 ausreichende Information der
 Nutzer über die Gefahren des
 Datenmissbrauchs und über
 ihre Rechte, dagegen vorzue-
 gehen. Dafür brauchen wir aus-
 reichende Informationen und
 Strukturen für einen verant-
 wortungsvollen Umgang mit
 personenbezogenen Daten.

Aktuelle Informationen über
 meine Aktivitäten finden Sie
 auch auf meiner Facebook-Seite:
www.facebook.com/Joleinen

Herausgeber:
 Jo Leinen, MdEP
 Redaktion:
 Jo Leinen, Mathias Eberlen,
 Linda Kalcher, Marlene Lehmann,
 Fabian Pescher

Europa-Büro Jo Leinen
 Talstr. 58
 66119 Saarbrücken
 Tel: 06 81 /589 13 31
 Fax: 06 81 /58913 32
europa-buero@joleinen.de

Satz:
 augenTrick, Vera Spreuer
 Völklingen

November/Dezember 2012
 gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

<http://www.joleinen.de>

EUROPA AKTUELL



Fraktion der Progressiven Allianz der
 Sozialisten & Demokraten
 im Europäischen Parlament

Ausgabe 01 | 2012

Aus dem Inhalt

★ EUROPA AKTUELL
 50 Jahre Elysée-Vertrag S. 2

★ EUROPA AKTUELL
 Ein Sozialpakt für Europa S. 3

★ EUROPA UMWELT
 EU löst Konflikt über
 „Tank oder Teller“ S. 4

Liebe Freundinnen und Freunde,



Europa ist zurzeit in aller
 Munde: Wir befinden uns in der
 tiefsten Krise seit dem Zweiten
 Weltkrieg. Die Arbeitslosigkeit
 und die Armut in vielen Län-
 dern steigen. Das Vertrauen in
 Europa hat nachgelassen. Euro-
 pa braucht deshalb ein Konzept,
 das uns zu stabileren und nach-
 haltigeren Verhältnissen führt.
 Mit einer Politik für Wachstum

und Arbeitsplätze kann es ge-
 lingen, einen Weg aus der Krise
 zu finden.

Die Auszeichnung der Euro-
 päischen Union mit dem Frie-
 densnobelpreis kommt zum
 richtigen Zeitpunkt. Mitten in
 der Krise ist der Preis ein An-
 sporn, die hervorragende Lei-
 stung der Europäischen Union
 für Frieden und Freiheit nicht
 aus den Augen zu verlieren,
 sondern sich kontinuierlich für
 die weitere Vertiefung der Zu-
 sammenarbeit einzusetzen. Die
 Auszeichnung ist eine schal-
 lende Ohrfeige für alle Europa-
 gegner, die in der letzten Zeit
 immer häufiger Kritik an der
 Europäischen Union geübt und
 ihren Untergang prognostiziert
 haben. Durch den Friedensno-
 belpreis erhält das europäische
 Einigungswerk nun noch mehr
 Aufmerksamkeit in der Welt.

In diesem Jahr feiert die Euro-
 päische Union das 20-jährige
 Bestehen des Europäischen

Binnenmarktes. Der Europä-
 ische Binnenmarkt bietet den
 Bürgerinnen und Bürgern
 einen Raum der Freiheit, der Si-
 cherheit und des Rechts ohne
 Binnengrenzen. Seit seiner
 Gründung im Jahr 1992 hat der
 Europäische Binnenmarkt den
 Lebensstandard der Menschen
 in der Europäischen Union ent-
 schieden verbessert. Von Passa-
 gierrechten bei Bahnreisen und
 im Flugverkehr, über eine min-
 destens 2-jährige gesetzliche
 Gewährleistung beim Kauf von
 Produkten bis hin zu reduzier-
 ten Roaming-Gebühren haben
 die Menschen neue Rechte beim
 Reisen, Arbeiten und beim Ein-
 kaufen im europäischen Aus-
 land erhalten.

In den letzten Monaten ist
 in der Europäischen Union viel
 passiert. Einige Themen möchte
 ich gerne im neuen Europa Ak-
 tuell vorstellen. Mehr über mei-
 ne Arbeit ist auf meiner Home-
 page zu lesen.

Ich freue mich natürlich über
 Beiträge, Fragen oder Anregun-
 gen. Anrufe, Mails oder Brie-
 fe an das Europa-Büro in der
 Talstraße in Saarbrücken sind
 herzlich willkommen.

Mit freundlichen Grüßen

Jo Leinen

50 Jahre Elysée-Vertrag: Besiegelung des Friedens in Europa

Im kommenden Jahr feiern wir das 50-jährige Jubiläum des Elysée-Vertrags. Am 22. Januar 1963 unterzeichneten der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle im Pariser Elysée-Palast den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, der der jahrzehntelangen Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich für immer ein Ende setzen und den Frieden in Europa besiegeln sollte.

Die Aussöhnung beider Staaten durch den Elysée-Vertrag führte zu einer neuen Lage. Beide Länder sind für den jeweils anderen der wichtigste

Handelspartner. Die enge Zusammenarbeit in den Bereichen Politik, Bildung, Kultur und Handel ist beispiellos. Der Austausch und der Dialog zwischen der Politik, den Gebietskörperschaften, Unternehmen, Verbänden, Schulen, der Wissenschaft und der Kultur haben die einst verfeindeten Völker vereint. Mit ihrer Aussöhnung wirken Deutschland und Frankreich als Motor für Frieden in Europa und für die Einigung zwischen den anderen europäischen Staaten. Zum 50-jährigen Jubiläum des Elysée-Vertrags wird im Saarland für das Jahr 2013 ein ‚Frankreichjahr‘ ausgerufen.

Für das Saarland, das bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges ein Schauplatz der deutsch-französischen Feindschaft war, ist die Aussöhnung beider Staaten von besonders großer Bedeutung. Heute überschreitet täglich eine Vielzahl von Menschen zum Einkaufen, zum Arbeiten oder zur Wahrnehmung des Bildungs- und Kulturangebotes die nationalstaatliche Grenze. Mit zahlreichen Veranstaltungen im Rahmen des ‚Frankreichjahres‘ wird die deutsch-französische Zusammenarbeit weiter vertieft. Auf meiner Homepage werde ich über die Ereignisse informieren.

20 Jahre Europäischer Binnenmarkt



Schlagbäume sind in Europa seit 20 Jahren Geschichte

Die Europäische Union feiert derzeit das 20-jährige Bestehen des Europäischen Binnenmarktes.

Mit dem Europäischen Binnenmarkt begann eine Phase größter Dynamik, die das Leben der Menschen und die wirtschaftlichen Bedingungen für Unternehmen in Europa entscheidend prägte: Mehr Auswahl für Verbraucher, mehr Wachstum und mehr Stabilität haben den Lebensstandard der Bürgerinnen und Bürger in Europa deutlich verbessert. Die 500 Millionen Menschen in der Europäischen Union können ihren Wohn-, Studien- und Arbeitsort innerhalb der 27 Mitgliedstaaten frei wählen. Ihre beruflichen Qualifikationen werden EU-weit weitgehend

anerkannt. In ihrer Rolle als Verbraucher ziehen sie den Vorteil aus einer größeren Produktvielfalt, einem stärkeren Verbraucherschutz, einer besseren Qualität der Produkte sowie oftmals niedrigeren Preisen.

Die Initiativen der Europäischen Union haben spürbare Auswirkungen auf den Alltag der Bürgerinnen und Bürger. Im Europäischen Parlament habe ich mich dafür eingesetzt, die Roaming-Gebühren für die Nutzung von Mobiltelefonen, Smartphones und Tablet-PCs im europäischen Ausland zu reduzieren. Bei Reisen mit der Bahn oder bei Flügen unterstützte ich bestimmte Passagierrechte: Bei Verspätungen, Stornierungen oder Überbuchungen sollen die

Passagiere Anspruch auf eine angemessene Entschädigung erhalten. Auch beim Einkauf gelten für die Bürgerinnen und Bürger EU-weite Rechte: Bei mangelhaften Produkten kann sich der Verbraucher bis mindestens zwei Jahre (früher 6 Monate) nach dem Kauf auf die gesetzliche Gewährleistung berufen. Der Verkäufer ist dazu verpflichtet, das Produkt nachzubessern oder zu ersetzen.

Dennoch ist der Binnenmarkt noch lange nicht so gut, wie er sein könnte. Vor allem in den Bereichen Bildung, Verkehr und Energie liegen noch ungenutzte Potentiale. Ich bin dafür, Berufsabschlüsse europaweit noch besser anzuerkennen. Im Eisenbahnbereich sind die Regelungen und Vorgaben der Mitgliedstaaten noch zu unterschiedlich, um einen echten gesamteuropäischen Schienenverkehr zuzulassen. Im Energiebereich müssen die Stromnetze grenzüberschreitend ausgebaut und koordiniert werden. Ein „digitaler Binnenmarkt“ würde alle Aktivitäten mit Computer oder Smartphone europaweit vereinfachen und Kosten sparen.

Parteien stellen Spitzenkandidaten auf

Bei der nächsten Europawahl werden erstmals alle großen europäischen Parteienfamilien jeweils mit einer/m Spitzenkandidatin/en für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten antreten.



Jo Leinen und Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments

Seit der Einführung der Direktwahl zum Europäischen Parlament 1979 sank die Wahlbeteiligung bei Europawahlen. Ein Grund hierfür liegt in der fehlenden Personalisierung und damit Politisierung der Wahl.

Bei den nächsten Europawahlen im Mai 2014 werden die Alternativen deshalb erstmals auch durch „Gesichter“ deutlich.

Der/die Kandidat/in der stärksten Partei soll dann für die nächsten 5 Jahre Präsident der Europäischen Kommission werden. Die Bürgerinnen und Bürger können dadurch mit ihrer Wahl mehr Einfluss auf die europäische Politik nehmen.

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) wird ihre/n Kandidatin/en auf einem Sonderparteitag Anfang 2014 nominieren. Als Favorit gilt der deutsche Sozialdemokrat mit saarländischen Wurzeln Martin Schulz, der seit diesem Jahr auch Präsident des Europäischen Parlaments ist.

Die Europäische Bankenunion – Ein Instrument zum Schutz der Steuerzahler

Es sollte nicht vergessen werden, dass die Schuldenkrise in Europa durch eine aus den USA kommende Bankenkrise entstanden ist. Auch europäische Banken spekulierten munter auf den kaum regulierten Finanzmärkten und verzockten unvorstellbare Summen. Die Zeche musste der Steuerzahler zahlen, denn die Banken waren mittlerweile so groß geworden, dass bei der Pleite eines Geldhauses der Zusammenbruch der kompletten Wirtschaft drohte. Der

deutsche Staat musste alleine der Hypo Real Estate mit 102 Milliarden Euro durch Bürgschaften und Garantien unter die Arme greifen und sie komplett verstaatlichen, um eine Kettenreaktion zu verhindern. Das zuvor sehr sparsam haushaltende Spanien wurde durch die Bankenrettung förmlich an den Rand des Abgrunds gedrängt, gleiches gilt für Irland. Die Staatsverschuldung in Irland wuchs zwischen 2007 und 2010 von soliden 24,8% der jährlichen Wirtschaftskraft

(BIP) auf kaum tragbare 108,2% an. Wenige steckten sich die Gewinne ein, aber die Bevölkerung muss für die Verluste gerade stehen. Ich sage, zu einer solchen Ungerechtigkeit darf es nie wieder kommen. Eine nationale Bankenregulierung alleine reicht nicht aus - dafür sind die europäischen Banken zu eng miteinander verzahnt. Deshalb benötigen wir die Europäische Bankenunion. In dieser werden alle Großbanken in Europa unter eine zentrale Aufsicht und ein

einheitliches Regelwerk gestellt. Zudem wird die Abwicklung von insolventen Instituten geregelt, denn wenn sich eine Bank verspekuliert, sollen die Banken gemeinsam dafür geradestehen. Alle europäischen Großbanken werden deswegen in einen Abwicklungs- und einen Einlagensicherungsfonds einzahlen. Dann sind im Falle einer Pleite die Spareinlagen der Kunden abgesichert - ohne dem Steuerzahler erneut die Kosten aufzubürden!

Schuldenabbau und Wachstum – Zwei Seiten derselben Medaille

Wirtschaftliches Wachstum und der Abbau der Staatsverschuldung in Europa müssen Hand in Hand gehen. Die einseitig auf Sparen ausgerichtete Krisenpolitik von Bundeskanzlerin Merkel läuft in eine Sackgasse, das beweisen die Zahlen. Trotz großer Anstrengungen und Opfer der Bevölkerung verschlechtert sich die Lage in einigen Euro-Ländern immer weiter. Gerade in einer solchen Situation sind öffentliche Investitionen zur Stabilisierung der Wirtschaft bitter nötig, doch den Krisenstaaten bleibt wegen der strengen Sparauflagen kein Spielraum zum Eingreifen. Der Staat nimmt wegen des schwachen Kon-

sums und der hohen Arbeitslosigkeit weniger Steuern ein, während sich die Sozialausgaben erhöhen. Die Bürger sehen nicht mehr das erhoffte Licht am Ende des Tunnels. Ich bin mit den Sozialdemokraten im Europäischen Parlament für einen anderen Ansatz zur Krisenbewältigung. Verkrustete Strukturen müssen aufgebrochen und die Steuerverwaltung reformiert werden. Doch gleichzeitig brauchen die Menschen eine Perspektive – hierzu sind Investitionen nötig. Die Sozialdemokraten setzten nach zähem Ringen durch, dass diesem Aspekt nun mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Auf dem Gipfel des Europä-



Jo Leinen und Peter Gauweiler diskutieren über Deutschlands Zukunft in Europa

ischen Rates im Juni wurde ein Wachstumspaket mit einem Volumen von 120 Milliarden Euro beschlossen. Von den Euro-Staaten wird strenge Haushaltsdisziplin verlangt, es ist jedoch von zentraler Bedeu-

tung, die Wirtschaft gleichzeitig mit wachstumsschaffenden Investitionen zu stützen, z.B. durch Modernisierung der Infrastruktur im Energie- und Verkehrssektor oder bei der Telekommunikation.

Ein Sozialpakt für Europa

Noch hat Deutschland die Krise gut überstanden, doch auch hierzulande mehren sich die Anzeichen, dass der wirtschaftliche Aufschwung zum Erliegen kommt. In anderen Mitgliedstaaten der EU ist die Lage mittlerweile so schlecht, dass jeder zweite Jugendliche keine Arbeit findet. Die am besten ausgebildete Generation, die Europa je hatte, droht zu einer verlorenen

Generation zu werden. Im Sommer dieses Jahres überstieg die Zahl der Arbeitslosen in der EU erstmals die Marke von 25 Millionen (11,4%) - ein trauriger Rekord. Lange Zeit wurden soziale Rechte und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer als Standortnachteil angesehen, doch in der Krise zeigt sich deutlich: Sozialer Fortschritt und eine gerechte Gesellschaft sind Standortvor-

teile, durch die soziale Unruhen vermieden werden. In Deutschland hat gerade auch das Modell der Autonomie der Tarifpartner dazu beigetragen, flexible Lösungen zur Krisenbewältigung zu finden. Um das Modell der sozialen Marktwirtschaft im globalen Wettbewerb zu verteidigen, fordere ich einen Europäischen Sozialpakt. Mindeststandards bezüglich Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie Mindestlöhne müssen europä-

isch abgesichert werden. Ein Unterbietungswettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten der EU muss verhindert werden. Die sozialdemokratische Fraktion fordert als Teil des Sozialpakts zudem eine Europäische Jugendgarantie, einen europäischen Qualitätsstandard für Praktika und Ausbildungsplätze sowie ein Sozialprotokoll in den Europäischen Verträgen, um die grundlegenden Sozial- und Arbeitsrechte abzusichern.